

Transkript

City Transformer – live von der re:publica 26

*Ein Gespräch zwischen Michael Lobeck und Franz-Reinhard Habbel, aufgenommen auf der re:publica 26 in Berlin. Sprachlich behutsam geglättetes Transkript.**

Begrüßung

Lobeck [0:01]: Herzlich willkommen zu einer City-Transformer-Folge, live von der re:publica – also wirklich live, natürlich senden wir nicht direkt, aber wir sind gerade hier vor Ort, Franz-Reinhard Habbel und ich, und erzählen gleich ein bisschen, was wir hier erlebt haben.

Habbel [0:15]: Ja, vielen Dank, Michael, dass wir zusammen auf der re:publica 26 sind. Um es deutlich zu machen: Wir gehen hier unterschiedliche Wege, sodass wir uns ein Doppelpotenzial an Möglichkeiten erarbeiten und gleich im Gespräch darüber diskutieren. Willkommen beim Podcast City Transformer mit Franz-Reinhard Habbel und Michael Lobeck.

Lobeck [0:38]: Erfahren Sie, wie Digitalisierung die Städte verändert.

Eindrücke von der re:publica 26

Habbel [0:50]: Ja, ich bin schon mehrmals auf der re:publica gewesen, auch in diesem Jahr 2026 wieder. Der Eindruck, den ich mitnehme: Es sind sehr viele junge Menschen hier – ich glaube, deutlich mehr jüngere Menschen als in den letzten beiden Jahren, die ich ganz gut beurteilen kann. Ich finde es sehr erfreulich, dass sich auch junge Leute mit der Entwicklung der Technologie und mit Zukunftsfragen auseinandersetzen.

Habbel [1:18]: Insoweit werden hier zentrale Fragen diskutiert: Wie verändert sich unsere Gesellschaft? Wie prägen Algorithmen unser Verhalten und unser Leben? Vor allem finde ich interessant, welche Rolle der Staat spielt – etwa im KI-Bereich: Muss hier mehr reguliert werden? Muss er sich mehr zurückziehen und mehr Innovationsmöglichkeiten eröffnen? Und welche Rolle spielt vor allem die Wirtschaft, hier vor allem die Big-Tech-Unternehmen, die ja eine Machtfülle erreichen, die teilweise schon besorgniserregend ist?

Darüber zu diskutieren, auch im Bereich der Zivilgesellschaft, finde ich sehr spannend und notwendig. Wenn ich eine Zwischenbilanz ziehen darf: Wir brauchen, glaube ich, eine neue Balance zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Hier müssen wir ran, und hier ergeben sich neue Entwicklungen.

Eine neue Balance zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Habbel [2:16]: Hier wird natürlich auch ein stark kritischer Beitrag zur KI-Entwicklung insgesamt formuliert. Was ich etwas vermisse, ist das Einbeziehen der Wirtschaft – also den Bereich Innovation durch KI und durch Unternehmen mitzudiskutieren. Das ist die andere Seite der Medaille. Ich verstehe, dass von Seiten der Zivilgesellschaft Besorgnis formuliert wird; das ist auch notwendig. Insofern ist die re:publica ein geeigneter Platz, um der Politik, aber auch der Gesellschaft und der Wirtschaft Signale zu senden.

Auf der anderen Seite glaube ich, dass wir nicht zu einem Gegensatz zwischen Unternehmen auf der einen und Staat auf der anderen Seite finden dürfen. Ich habe den Eindruck, dass bei einigen Veranstaltungen sehr stark der Staat mit seinen Regulierungsmöglichkeiten in den Vordergrund gestellt wird – und das, was die Wirtschaft macht, gerade bei den Big-Tech-Unternehmen, negativ gesehen wird. Das halte ich für kritisch.

Ich glaube, wir brauchen hier ein neues Zusammengehen, was Staatlichkeit, Regulierung und Aufgaben auf der einen Seite betrifft. Vieles wird möglicherweise in den nächsten Jahren an Aufgaben in die Hände der Zivilgesellschaft überführt werden müssen. Also die Frage, wie Politik künftig gestaltet wird, wie sich Staaten modernisieren – nicht nur im Verwaltungs- und Politikprozess, sondern in der Entwicklung der Gesamtgesellschaft.

Hier ein neues Verhältnis aufzubauen, ist sicherlich eine weit hergeholte Aussage von mir. Aber ich spüre auf der Veranstaltung, dass sich solche Dinge langsam entwickeln und zumindest ein Bewusstsein dafür existiert, sich mit diesen zentralen Fragen zu beschäftigen – welche Rolle die Staatlichkeit im 21. Jahrhundert spielt, auch unter globalen Gesichtspunkten, und wie diese stärker von der Politik aufgegriffen werden müssen.

Wir reden jede Woche, jeden Tag über Tankrabatte und viele Dinge wie das Gebäudeenergiegesetz, die wichtig sind. Aber die zentralen, grundlegenden Weichenstellungen für die Zielbestimmung, wie unsere Gesellschaft aussehen soll – was bei Reformen ja eigentlich ein wirklicher Grundsatz ist –, die vermisse ich in

der Politik. Deswegen kann die Politik vielleicht auf dieser re:publica lernen, die Veranstaltung gewissermaßen als Seismograph dafür zu nutzen, wohin sich die Gesellschaft entwickelt. Ich will es dabei bewenden lassen, Michael, um nicht als Alleinunterhalter aufzutreten – mich würde interessieren, wie dein Eindruck von den letzten Veranstaltungen war.

Bria, Doctorow, Voss und Geese – digitale Souveränität

Lobeck [4:57]: Ja, also erstens würde ich völlig zustimmen, dass auch ich einen sehr jungen Eindruck habe. Ich glaube, die TINCON, die ja ausdrücklich eine junge Konferenz ist und es seit mehreren Jahren gibt, nimmt immer mehr Fahrt auf, und es kommen viele junge Leute hierher. Das finde ich ganz super.

Was ich interessant finde: Ich komme gerade aus einer Session mit Francesca Bria und Cory Doctorow, und das schließt ganz gut an deine Frage an, wie das Verhältnis von Staat und Wirtschaft ist. Die beiden haben – wenig überraschend, weil sie langjährige Vorkämpfer für digitale Freiheit sind – ganz klar Kritik an den Tech-Oligarchen geübt, wie sie sie durchaus treffend benennen. Sie sagen: Wir müssen uns das zurückholen, was die uns wegnehmen – mit verschiedenen Vorschlägen, die immer auch den Staat und Regulierung einbeziehen.

Lobeck [6:12]: Das werden wir nur auf einer europäischen Ebene schaffen. Es ist gut, dass wir diese kleinen Inseln haben, wo Software entwickelt wird – hier ein Projekt und da ein Projekt. Aber wir brauchen die Industrie, um auf dieser europäischen Ebene aktiv zu sein.

Das schließt wunderbar an eine Session an, die ich gestern gehört habe – mit Axel Voss, Mitglied des Europäischen Parlaments für die EVP-Fraktion, und Alexandra Geese, ebenfalls Mitglied des Europäischen Parlaments, von den Grünen. Sie haben zuerst auf einem Panel und später in einer kleineren Meetup-Runde diskutiert. Interessant fand ich: Es gibt Dinge, in denen sie völlig übereinstimmen, weil beide für eine gute europäische Digitalpolitik kämpfen und sagen, das, was wir tun, sei zu wenig – wir müssten mehr machen.

Lobeck [7:00]: Beide schätzen es so ein, dass es sich inzwischen um geostrategische Entscheidungen handelt. Das heißt: Wir müssen jetzt etwas tun. Wir können nicht warten und zusehen, was in den USA und China weiter passiert, sondern müssen jetzt in europäische Unabhängigkeit investieren. Auch da sind sie sich einig. Dann unterscheiden sie sich natürlich, weil Frau Geese stärker auf Verbraucherrechte, Datenschutz und Regulierung setzt und Herr Voss eher sagt, davon hätten wir schon genug, da müsse man eher ein bisschen abbauen.

Wirklich beeindruckend fand ich den Eindruck bei beiden – bei Herrn Voss noch etwas mehr: Er wirkte ein wenig resigniert, als er sagte, ob seine Fraktion das alles so verstehe, da sei er sich nicht ganz sicher. Da hatte ich das Gefühl: Okay, jetzt müssen wir alle anfangen, den EVP-Abgeordneten Briefe zu schreiben und zu sagen: Schaut mal, Digitalpolitik ist wichtig, und Herr Voss hat ein paar Ideen. Ganz unabhängig davon, ob man genau die von Herrn Voss unterstützt, geht es darum, Digitalpolitik überhaupt zu verstehen: Wir müssen heute aktiv werden, wenn wir nicht morgen nur noch zusehen wollen.

Es gibt noch viele andere Sessions, in denen ich war und die auch interessant sind. Die beeindruckendste war von zwei zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Sachsen-Anhalt, die wirklich kämpfen: Die eine ist ein offenes Jugendzentrum, das immer wieder von Rechtsradikalen belagert wird, die andere eine migrantische Selbstorganisation. Das ist nochmal eine andere Ebene, aber auch da sehen wir die Frage, welche Rolle Staatlichkeit spielt, wo wir gefordert sind und was wir tun müssen.

Spannend fand ich auch den Punkt, den du ansprichst – dass wir unternehmerisches Handeln brauchen. Das betonte auch Frau Bria: Wir müssen alle mit ins Boot holen. Und Doctorow hatte eine schöne Formulierung. Beide sprachen viel über öffentliche Beschaffung, wo es einen starken Link zwischen Wirtschaft und Öffentlichkeit gibt. Er sagte, eigentlich sollte die öffentliche Hand nichts mehr beschaffen, was sie nicht besitzt. Nicht einmal einen Fuhrpark dürfte sie anschaffen – keinen Mercedes mehr kaufen, bei dem nicht klar ist, dass ich die Software einsehen, analysieren und anpassen kann.

Digitale Souveränität global denken

Habbel [9:15]: Ich bleibe bei deinem Hinweis – und dem, was Frau Bria sagte –, dass wir stärker europäisch denken und handeln müssen. Stichwort digitale Souveränität. Ich will einen weiteren Gedanken ins Spiel bringen: Sich bei der digitalen Souveränität nur auf Europa zu konzentrieren, ist meiner Ansicht nach zu wenig. Wir sollten den Schirm auch für Staaten öffnen, die eine wertebasierte Politik haben – Menschenwürde und so weiter, wie wir sie in Europa haben – und sie in eine globale Entwicklung mitnehmen.

Ich denke etwa an Kanada, an Neuseeland oder Australien. Das sind Länder, die unseren Wertekodex in gewisser Weise teilen. Deswegen sollte man digitale Souveränität nicht räumlich nur auf Europa begrenzen, sondern global denken, eine Wertegemeinschaft finden und damit vielleicht irgendwann den Weg zu einer Weltgemeinschaft gehen – was ja seit vielen Jahrzehnten diskutiert, aber nie

erreicht wird. Wir sollten uns hier nicht abschotten und nur europäisch denken, sondern den globalen Aspekt, der unser Leben und unsere Wirtschaft in den letzten Jahren extrem verbessert und beeinflusst hat, nicht aus dem Auge verlieren. Das wäre für mich eine ganz wichtige Aussage.

Lobeck [10:28]: Ganz kurz: Das ist auch deren Bild. Sie haben mehrfach gesagt, es heiÙe nicht „Buy European“ im Sinne von „nur noch wir und für uns“, sondern gemeint sei das Gesellschaftsmodell – ein freier, liberaler Staat, der unsere Freiheiten garantiert, und für den wir dafür sorgen müssen, dass die Technologie, die wir benutzen, das nicht konterkariert. Das gilt mit jedem anderen zusammen. Zwischendurch fiel witzigerweise noch das Beispiel Malaysia – das habe ich beim Talk, der auf Englisch war, allerdings nicht ganz verstanden, was sie dort machen. Aber die Aussage war klar: gerne mit allen Menschen guten Willens.

Wer hat die Macht? Palantir, Karp und der Staat

Habbel [11:05]: Bleiben wir bei dem Vergleich: Wer hat eigentlich die Macht, und wie geht es in den nächsten Jahren zwischen Unternehmen und Staat weiter? Es wird ja heftig kritisiert, was Palantir tut.

Habbel [11:18]: Ich teile diese Kritik. Aber wenn man sich näher damit beschäftigt – ich lese gerade die Biografie von Alexander Karp, wie er sein Unternehmen aufgebaut hat –, dann ist sein Grundgedanke, mit der Expertise absoluter Fachleute, die dort beschäftigt und übrigens gut bezahlt sind, in Verwaltungen und Behörden hineinzugehen, gemeinsam Probleme zu identifizieren und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

Nun werden viele Kritiker sagen: Das ist gefährlich, da findet eine Machtverlagerung statt, die Unternehmen übernehmen die Kontrolle. Ich glaube aber, dass der Staat aufgrund der Geschwindigkeit der Technologieentwicklung heute gar nicht mehr in der Lage ist zu antizipieren, welche technischen Entwicklungen sich in den nächsten Jahren abspielen. Deswegen ist es grundsätzlich erst einmal richtig, die Potenziale von Unternehmen, Forschung und Wissenschaft mit Behörden in Verbindung zu bringen. Vielleicht brauchen wir dafür ein neues Vorgehensmodell, das diese Problematik auch im Vergabewesen löst und sie nicht zu Einzelplayern macht. Aber dass man zu einer neuen Zusammenarbeit kommen muss, die man regulativ vielleicht neu angehen muss – das meine ich mit dem Verhältnis zwischen Staatlichkeit und Unternehmertum.

Habbel [12:38]: Man kann darüber nachdenken, ob man nach den letzten 50, 60, 80 Jahren, in denen wir eine starke Grenzziehung zwischen Wirtschaft und Staat

haben, hier ein neues Modell ausprobiert und diskutiert. Ich glaube nicht, dass wir in der Lage sind, die Kapazitäten – um bei Palantir zu bleiben – eigenständig nur im Kosmos des Staates zu entwickeln.

Habbel [13:02]: Dafür ist der Staat viel zu langsam, dafür hat er gar nicht die Innovationskraft. Deswegen sind wir angewiesen. Und ich würde nicht jedem Unternehmen gleich Machtübernahme- und Machtfantasien unterstellen, sondern zunächst auch Vertrauen kommunizieren, um dann in einem festgelegten Rahmen arbeiten zu können. Ein grundsätzliches Misstrauen sollte man auf keinen Fall haben. Da habe ich hier ein bisschen Sorge, dass auf solchen Veranstaltungen dieses Schwarz-Weiß – entweder nur Weiß oder nur Schwarz – vielleicht zu stark artikuliert wird.

Lobeck [13:40]: Gut, bei Palantir hätte ich schon das Gefühl, denen würde ich tatsächlich nicht viel Gutes unterstellen. Nach allen Aussagen, die ich gehört habe – etwa von Karp: „Wir erschießen unsere Feinde, wo wir sie treffen“ –, würde ich sagen: Das brauche ich nicht, das ist nicht mein Modell. Die würde ich auch nicht an öffentliche Daten lassen. Das heißt natürlich nicht, dass man nicht mit Unternehmen gemeinsam Daten auswertet – da bin ich völlig dabei. Aber wir müssen genau hinschauen. Das ist auch ein Dilemma. Der bayerische Innenminister sagte – ich habe die Formulierung gerade nicht mehr genau im Kopf, sie war ein bisschen schräg, ich glaube, es ging um die Anschaffung eines Müllwagens, aber ich weiß nicht mehr genau, was er wirklich gesagt hat.

Habbel [14:24]: Ja, ich meine, es war der Müllwagen.

Lobeck [14:25]: Wenn der Müllwagen ausfällt, kann er auch nicht vorschreiben, woher der nächste kommen soll, und so weiter. Das wurde dann ein bisschen satirisch aufgegriffen – dass es schon eine andere Dimension sei, ob man alle Daten der Bürger oder der Sicherheitskräfte ... der Vergleich mit dem Müll ...

Habbel [14:40]: ... den wir produzieren.

Lobeck [14:41]: Genau. Das fand ich ein bisschen schräg. Interessant fand ich aber auch die Diskussion mit Frau Geese und Herrn Voss, weil ich den Eindruck hatte, da ist eine große Bereitschaft zu sagen: Ja, wir müssen über europäisches Vergaberecht neu nachdenken. Wir müssen das tun, weil die anderen Player auf der Ebene, auf der wir das bisher gedacht und gemeinsam entwickeln wollten, nicht mehr fair spielen. Also müssen wir daraus Schlüsse ziehen. Dann kann ich in eine solche Vergabeordnung auch schreiben: Das muss entweder „Buy European“ sein oder den und den Werten entsprechen, es muss Open Source sein, es muss beeinflussbar sein. Doctorow hat dazu ein schönes Beispiel gebracht: Einen der

größten Punkte, die digitale Technologie betreffen, hätten die Europäer von den USA übernommen, nämlich, dass man Software nicht verändern darf, obwohl man sie gekauft hat – Stichwort Copyright Act.

Lobeck [15:36]: Er sagte, das sei eigentlich absurd: Wenn ich heute ein iPhone kaufe, kann ich es nicht so verändern, dass keine Daten abfließen, wenn ich das nicht möchte. Wenn ich es möchte, ist es ja toll – dann sollen sie mir alle Services anbieten. Aber wenn ich es nicht will, geht das nicht; das gilt quasi als Hacking und ist verboten. Das fände er absurd. Das sind Dinge, bei denen man genau hinschauen muss, wo Profis ran müssen und sagen: Wie kann man das Vergaberecht so strukturieren, dass wir die große Macht unseres öffentlich verwalteten Geldes, das ständig für Services und Produkte ausgegeben wird, so nutzen, dass die Wertschöpfung hier bleibt und nicht abfließt?

Dass wir sie kontrollieren können, dass wir damit Schulen, Kindergärten und vieles mehr bezahlen können und nicht davon abhängig sind, ob Elon Musk uns – oder den Ukrainern – irgendein Satellitennetzwerk zur Verfügung stellt. Wir brauchen offensichtlich, wie wir in der heutigen internationalen Lage feststellen, mehr Unabhängigkeit. Die darf aber – da bin ich völlig bei dir – keine neue Abschottung sein, kein „wir gegen die“, sondern einfach: Wir sorgen dafür, dass wir unsere Dinge Stück für Stück selbst regeln können, um dann gemeinsam vernünftig mit anderen zu interagieren.

Was Kommunen von der re:publica lernen können

Habbel [16:57]: Gehen wir weg vom Thema Globalisierung, Internationalisierung und Wirtschaft, hin zu den Kommunen. Ich weiß nicht, wie viele kommunale Vertreter hier auf der re:publica sind. Meine Frage an dich: Was können Kommunen von dieser Veranstaltung lernen?

Lobeck [17:12]: Ich habe ein paar Dinge mitgenommen, die für Kommunen relevant sind – jenseits der Frage, dass natürlich auch Kommunen schauen müssen, welche Software sie nutzen, welche Dinge sie unterstützen und wohin ihre Gelder fließen. Da haben wir den direkten Link zur Beschaffung, der auch für Kommunen total relevant ist.

Ein interessanter Aspekt im Gespräch von Voss und Geese war die Frage, wie wir mit Social-Media-Aktivitäten auch kommunal umgehen. Aus dem Publikum kam der Vorschlag, dass alle öffentlichen Stellen die sogenannte Plus-Eins-Strategie nutzen: Wenn wir Content produzieren, posten wir ihn meinetwegen auf Instagram, Twitter und so weiter – wobei gegen Twitter inzwischen sehr große

Vorbehalte bestehen und man fragen kann, ob das von öffentlichen Stellen überhaupt noch genutzt werden soll. Aber die Frage ist: Wenn ich den Inhalt ohnehin schon habe – ich habe etwa einen Tweet produziert –, dann kann ich ihn ganz einfach und ohne großen Aufwand auch auf Mastodon posten, also in einem freien Netzwerk, das nicht von einem Konzern reguliert wird, sondern von Leuten, die frei verfügbare Server aufsetzen, wo ich mit meinen Followern frei umziehen kann. Das ist eine Möglichkeit auf kommunaler Ebene, die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern freier zu gestalten.

Einen Punkt fand ich witzig: Der Erste, den ich hier auf der re:publica getroffen habe, war Jacob Svaneeng – du wirst dich erinnern – von den Berliner Bibliotheken, die dieses wunderbare Projekt Digital-Zebra machen. Sie haben jetzt noch ein neues Projekt entwickelt. Digital-Zebra läuft erst einmal weiter, die Finanzierung ist gesichert, alles scheint gut zu klappen. Und er hat mir von einem neuen Projekt erzählt – darauf komme ich gerade. Es heißt Wiblio, geschrieben W-I-B-L-I-O. Das ist eine Art – ich würde es mal nennen – lokales Facebook für Veranstaltungen.

Hier unten ist ein QR-Code für Wiblio für die re:publica, den kannst du scannen. Dann hast du ein Netzwerk, das du mit den Leuten aufbauen kannst, die ebenfalls dabei sind, und kannst dich über Veranstaltungen austauschen. Es reicht noch ein Stück über die Veranstaltung hinaus: Du kannst – begrenzt, also nicht ganz öffentlich – auch Leute einladen. Ich weiß nicht genau, wie viele Einladungen man hat, vielleicht fünf oder zehn. Da kann man sagen: Den finde ich interessant, den würde ich gerne in die Diskussion dazuholen. Das fand ich eine coole Sache. Wir sollten beobachten, wie es weitergeht – vielleicht können wir ihn in einem Jahr fragen, was aus Wiblio geworden ist.

Content-Sharing und KI

Habbel [19:45]: Vielleicht kann man das in die Shownotes aufnehmen – das meinte ich gerade. Nochmal zu deinen Ausführungen: Du sagtest, dass man den Content auf verschiedene Kanäle bringen kann. Ich gehe noch einen Schritt weiter und spreche von Content-Sharing: Man gibt den vorhandenen Content – etwa das Exposé einer Gemeinderatssitzung – nicht nur digital, sondern auch auf Papier in vielfältiger Form aus. Und für diesen Content kann man übrigens auch KI einsetzen: Machen wir aus einer längeren Pressemitteilung mal einen Post oder zwei Posts. So richtet man dieses Content-Sharing-Modell auf verschiedene Medien aus und kann damit eine höhere Reichweite bei unterschiedlichen Publika sicherstellen.

Demokratie sichtbar machen – und verteidigen

Lobeck [20:36]: Ja, das ist eine spannende Geschichte. Für mich schließt das wieder an das an, was ich vorhin angedeutet habe – diese geschilderte Erfahrung aus Sachsen-Anhalt von zwei lokalen Projekten – und an eine andere Session, die ich gestern besucht habe. Dort ging es um die Frage, wie man den rechten Narrativen, die sich wunderbar vernetzt haben und digital total aktiv sind, etwas entgegensetzen kann.

Das hat viel damit zu tun, dass man Content gemeinsam teilt und in Communities austauscht – dass zum Beispiel die kommunale Familie mitbekommt, dass sie nicht nur postet, wenn sie selbst den tollen neuen Chatbot hat, sondern auch, wenn die Nachbargemeinde ihn hat. Dass sie diese Netze, die ja da sind, einfach mal nutzt, um Demokratie voranzubringen und zu zeigen, was alles da ist und funktioniert. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir zu wenig beachten. Wir nehmen alles so wahr, machen alles so vor uns hin, verbessern hier mal etwas und da mal etwas. Ich würde es fast ähnlich sehen, wie Herr Voss und Frau Geese gestern diese geostrategische Herausforderung benannt haben.

Wir haben hier im Land diese demokratische Herausforderung. Am 6. September sind Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Ich glaube, wir müssen erkennen, dass das eine Gefahr ist – und nicht alle nur dasitzen, es irgendwie nicht schön finden, aber nichts tun. Wir müssen aktiv werden: indem wir Projekte wie die beiden vorgestellten oder andere, die sich ganz konkret vor Ort für Demokratie einsetzen, unterstützen – auch finanziell, aber auch durch Reichweite und das Verteilen von Inhalten. Und vielleicht auch, indem wir aktiv ein Netzwerk aufbauen und sagen: Auch wenn wir unterschiedlichen Parteien angehören, eint uns auf jeden Fall, dass wir hier ein demokratisches Land haben, das wir behalten wollen.

Habbel [22:39]: Ich bin völlig bei dir: Wir müssen ins Handeln kommen und dürfen nicht wie die Schlange vor dem Loch sitzen und warten, was passiert, sondern müssen selbst aktiv werden – diese Beispiele aufgreifen, transportieren und kommunizieren, damit der Gedanke, Gemeinschaft zu erzeugen und Zusammengehörigkeit zu praktizieren, stärker ins Bewusstsein kommt und einen positiven Effekt auslöst.

Wir sprachen ja auch von der öffentlichen Infrastruktur. Dazu noch ein Gedanke zum Abschluss: Ich habe vor wenigen Tagen eine Kolumne geschrieben. Es geht um einen Halbmarathon in Asien, den ein Roboter gewonnen hat. Ich habe das auf Bürgersteige in Deutschland übertragen: Was passiert, wenn uns in drei, vier Jahren Roboter auf dem Bürgersteig entgegenkommen, die zum Beispiel Pakete

oder andere Gegenstände transportieren – und an der Ampel bei Rot natürlich halten, weil sie die Information ja haben? Was bedeutet das für uns, auch regulativ?

Roboter im öffentlichen Raum

Habbel [23:57]: Ich denke an den Vergleich mit den E-Scootern, bei denen es viele regulatorische Probleme gab, die bis heute nicht komplett gelöst sind. Wie müssen wir damit umgehen, wenn uns ein solcher Roboter entgegenkommt? Gehört er auf die Straße oder auf den Gehweg? Wir müssen uns jetzt mit diesen Fragen beschäftigen, damit wir nicht in drei, vier Jahren, wenn die ersten unterwegs sind, sagen: „Oh Gott, was ist da passiert?“

Es gab hier eine Session, in der es darum ging, dass öffentliche Punkte für solche geokodifizierte Vorgänge im Netz identifiziert und gesammelt werden – also Wegmarkierungen und Dinge, die man für die Begehung des öffentlichen Raumes durch Roboter braucht, analysiert und identifiziert werden. Ich habe das hier nicht weiter verfolgt, aber es ist ein Thema, bei dem man spürt, dass etwas los ist und dass man etwas tun muss. Vielleicht siehst du auch die Chancen, die damit verbunden sind – zumindest, dass man sich damit beschäftigen muss.

Fazit und Ausblick

Lobeck [25:09]: Zusammenfassend würde ich sagen: Es gibt eine Handvoll Dinge, die man als Anregung mitnehmen kann und die aus diesen Überlegungen folgen. Man braucht den Blick in die Zukunft: Wir müssen wissen, wo wir hinwollen. Das fand ich überzeugend – auf der großen Ebene zu sagen: Wir wollen unseren Sozialstaat, unseren demokratischen, liberalen Staat erhalten. Das ist ein Ziel, und wenn er angegriffen wird, müssen wir ihn verteidigen.

Heruntergebrochen heißt das aber genau, wie du sagst: auf ganz konkrete Entwicklungen zu schauen und zu überlegen, was wir heute tun müssen. Das fand ich auch beim Beispiel der Initiativen aus Sachsen-Anhalt schön, die von der Gesellschaft für Freiheitsrechte unterstützt werden. Wir überlegen heute, welche Dinge passieren könnten, wenn der Worst Case, den wir nicht wollen, eintritt – und darauf müssen wir heute vorbereitet sein.

Das kann man genauso auf die positive Variante wenden, die du geschildert hast: Welche Technologien können uns unterstützen? Wie wollen wir damit umgehen? Wie können wir zum Beispiel Robotik oder auch Smart Glasses – Brillen, die plötzlich etwas können – so einbauen, dass Missbrauch verhindert, aber jeder

Nutzen möglich ist? Das ist der Punkt: die Dinge aktiv zu gestalten und nicht zu resignieren.

Habbel [26:29]: Ich gehe davon aus, dass wir auch nächstes Jahr wieder hier sein werden, lieber Michael. Einen Wunsch habe ich, den ich auch an die Organisatoren adressiere: den einen oder anderen Oberbürgermeister, Landrat oder Bürgermeister – Bürgermeisterin und Oberbürgermeisterin natürlich ebenso – einzuladen, um mit ihnen zu diskutieren, wie sich die Entwicklungen der Digitalisierung auf den öffentlichen Raum und auf die Menschen in den Gemeinden auswirken, was man tun kann und wo man steht. Das wäre ein guter Hinweis – und vielleicht passiert es ja.

Vielen Dank für das wie immer spannende Gespräch. Wir haben ja noch ein paar Stunden hier auf der re:publica, in denen wir das eine oder andere vielleicht noch aufgreifen, das wir dann in einer der nächsten Talkrunden mit City Transformer behandeln und zu dem wir jeweils noch einen Gast einladen. Vielen Dank, lieber Michael.

Lobeck [27:22]: Ja, danke dir, Franz-Reinhard. Dann auch dir und allen, die uns zuhören, noch eine schöne Zeit.

* Das Transkript wurde automatisiert von Auphonic mit Hilfe von Whisper erstellt und mit Claude Opus 4.8 behutsam lesbarer gemacht.